

Zürich



Ärztinnen und Ärzte sollen offenlegen, was sie neben ihren Kerntätigkeiten, etwa im Operationssaal, verdienen. Foto: Sabina Bobst

SP will Zürcher Ärzte zu voller Transparenz zwingen

Interessenkonflikte Nach der Maisano-Affäre fordern die Sozialdemokraten im Kantonsrat Regeln zu Interessenbindungen und Nebeneinkünften für alle Zürcher Spitäler.

Ev Manz

Nach der Maisano-Affäre am Universitätsspital Zürich (USZ) waren sich viele Parteien im Kantonsrat einig: Vom Parlament her braucht es keine weitere Aufarbeitung mehr. Der Kantonsrat, namentlich die Subkommission der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (AGB), habe sich mit dem Fall befasst, und der Regierungsrat, die Gesundheitsdirektion sowie das USZ hätten in den vergangenen Jahren entsprechend gehandelt.

Die SP will einen Schritt weiter gehen und das Thema der Interessenbindungen bei allen Spitälern im Kanton in den Blick nehmen. Deshalb fordert sie in einer Motion eine entsprechende gesetzliche Grundlage, die sie am Montag im Kantonsrat eingereicht hat.

Erstunterzeichnerin Marion Schmid (Zürich) sagt: «Die Affäre am USZ hat die Dringlichkeit des Themas aufgezeigt, bei dem wir bei allen Spitälern Handlungsbedarf sehen.» Intransparente Verflechtungen von Ärztinnen und Ärzten mit Pharma- und Medtechunternehmen und ungerechtfertigte Fakturierungen von Leis-

tungen seien bei vielen Spitälern an der Tagesordnung, heisst es in der Motionsbegründung. Schmid nennt etwa den Implantate-Skandal mit Beteiligung des Starchirurgen Max Aebi, der unter anderem am Spital Hirslan den als Belegarzt tätig war. «Im Gegensatz zum USZ hat der Kanton bei anderen Spitälern bisher wenig hingeschaut. Dagegen wollen wir präventiv vorgehen.»

Nebeneinkünfte von Ärzten über Spital abrechnen

Die SP fordert ein Gesetz, das die Vergabe von Leistungsaufträgen an sämtliche Spitäler im Kanton an Bedingungen knüpft. Interessenbindungen, Nebenbeschäftigungen und Beteiligungen sämtlicher Ärztinnen, Ärzte und Kadermitarbeitenden müssten regelmässig erhoben sowie nach dem Vieraugenprinzip geprüft werden. Liegen Interessenkonflikte vor, sind sämtliche Tätigkeiten des betroffenen ärztlichen Personals verboten, und Bewilligungen werden verweigert.

Die Motion verlangt zudem, dass sämtliche Nebeneinkünfte, die eine Ärztin oder ein Arzt aufgrund der Stellung im Spital er-

wirtschaftet, über das Spital abgerechnet werden.

Zuletzt soll gesetzlich geregelt werden, dass Interessenkonflikte öffentlich zugänglich gemacht werden, einsehbar für Patientinnen und Patienten, etwa für Patientenstellen oder Medien. Die Spitalleitung und der Verwaltungsrat, respektive der Spitalrat, wären für die Einhaltung der Vorgaben sowie die Durchsetzung zuständig.

In Bezug auf die Qualitätssicherung ist sich die SP bewusst, dass seitens des Kantons und des Bundes vielfältige Bestrebungen laufen. Doch der Partei fehlt der Überblick. In einem Postulat von Renata Grünenfelder (Zürich) verlangt die Partei deshalb, dass die Regierung einen Übersichtsbericht erstellt. Der Kanton soll damit eine aktivere Rolle in der Überwachung der Qualität einnehmen.

Andere Parteien wollen Vorstösse nicht mittragen

Die SP ist überzeugt, dass andere Parteien ihre Forderungen mittragen werden. Von denen gibt es indes wenig Unterstützung. Für die SVP ist nicht ersichtlich, warum man den Handlungsbedarf vom USZ, das in der Spitalland-

schaft eine Sonderstellung hat, auf alle Spitäler ausdehnen soll. Für Fraktionspräsident Tobias Weidmann würden die gesetzlichen Grundlagen einzig den administrativen Aufwand erhöhen.

Ähnlich sieht es die Mitte. Sie unterzeichnet die beiden Vorstösse nicht. Gemäss Fraktionspräsidentin Marzena Kopp sind die angesprochenen Fragen ernst zu nehmen, liegen aber bereits bei der zuständigen Kommission. Zudem seien die gesetzlichen Grundlagen grundsätzlich vorhanden. Auch der FDP ist die Aufarbeitung wichtig, Fraktionspräsident Claudio Zihlmann wünscht sich in der Sache aber ein koordiniertes Vorgehen aller Parteien.

Die Grünen tragen die Vorstösse ebenfalls nicht mit. Sie planen ihrerseits ein Postulat zum Thema, in dem sie einen Überblick über die Umsetzung der 75 Massnahmen fordern, welche die AGB 2021 in ihrem Bericht zuhanden der Gesundheitsdirektion empfohlen hat. Ziel wäre, 60 Mitunterzeichnende zu finden, damit das Postulat für dringlich erklärt werden kann und innerhalb eines Jahres von Natalie Rickli beantwortet werden muss.

Mehr Freiheit bei der Wahl von Schulbüchern

Kantonsrat Das Parlament diskutierte mit Leidenschaft über die Rolle des Staats bei der Auswahl der Zürcher Lehrmittel.

Es ging auf den ersten Blick um Schulbücher. Tatsächlich aber wurde im Kantonsrat über Grundsatzfragen gestritten: Wie viel Freiheit sollen Lehrpersonen haben? Und welche Rolle soll der Staat bei der Auswahl von Lehrmitteln spielen?

Mit 8 zu 7 Stimmen hatte die Kommission für Bildung und Kultur dem Parlament vorgeschlagen, das heutige System zu lockern. Es geht darum, dass Lehrpersonen in Zürich andere Lehrmittel auswählen dürfen als die heute vom Kanton vorgeschriebenen.

Besonders offensiv warb die SVP für die Vorlage. Roger Schmindinger sagte, er habe mittlerweile «das Gefühl, dass es gar nicht um bessere Qualität geht, sondern nur noch um Gleichschaltung». Gute Bildung entstehe nicht durch ein einziges obligatorisches Lehrmittel, argumentierte er. Unterricht sei «keine industrielle Massenproduktion». Jede Klasse sei anders, deshalb müsse auch die Wahl der Lehrmittel flexibler werden. Die Reform sei letztlich ein Vertrauensbeweis gegenüber den Lehrpersonen.

Einheitliche Lehrmittel ermöglichen Vergleichbarkeit

Ähnlich argumentierte die GLP. Christa Stünzi sagte, dass viele Lehrpersonen bereits heute mit zusätzlichen Materialien arbeiteten und die obligatorischen Lehrmittel teilweise nur pro forma eingesetzt würden. «Im Extremfall wird ein Lehrmittel zu Beginn des Schuljahres verteilt, verschwindet danach im Pult und wird erst am Ende des Schuljahres wieder eingesammelt.»

Für die SP hielt Sibylle Jüttner dagegen. Die Vorlage klinge zwar attraktiv: «Mehr Freiheit für Lehrpersonen, mehr Wettbewerb, mehr Auswahl bei den Lehrmitteln.» Doch man müsse sich fragen, ob sie tatsächlich Verbesserungen bringe oder «am Ende mehr Probleme schafft, als sie löst».

Einheitliche Lehrmittel würden dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler beim Wechsel von Schulen oder Schulstufen vergleichbare Voraussetzungen mitbrächten. Die geplante Reform führe hingegen «nicht zu weniger Aufwand, sondern zu mehr Bürokratie, mehr Absprachen und mehr Unsicherheit».

Unterstützung erhielt die SP von Grünen, Mitte, EVP und AL. Die Grüne Wilma Willi sagte: «Der Lehrmittelverlag Zürich ist kein willkürliches Monopol, sondern Ausdruck einer bewusst gewählten kantonalen Verantwortung für Qualität und Einheitlichkeit der Volksschule.»

Auch die Mitte und die EVP waren skeptisch. EVP-Kantonsrat Hanspeter Hugentobler sagte: «Die Vorlage löst ein Problem, das gar keines ist.» Das heutige System funktioniere sehr gut. Die Reform schaffe «kein Phantomproblem».

Für den emotionalsten Auftritt sorgte FDP-Kantonsrat und Erstunterzeichner Marc Bourgeois, der als geistiger Vater der Vorlage gilt. Mit einer Anspielung auf die Asterix-Comics eröffnete er seine Rede: «In der ganzen Deutschschweiz wählen die Kantone Lehr-

Das bisher zentral geregelte Lehrmittelsystem wird gelockert.

mittel verschiedener Verlage aus. In der ganzen Deutschschweiz? Nein, ein von unbeugsamen Zürcherinnen und Zürchern bevölkerter Kanton hört nicht auf, gegen fremde Lehrmittel Widerstand zu leisten.» Bourgeois sprach von «Pflichtkonsum» und einem «Preisdiktat» des Lehrmittelverlags Zürich. Der Kanton betreibe «Heimatschutz aus Angst vor anderen Lehrmitteln».

Judith Stofer von der Alternativen Liste sprach von einem Kreuzzug gegen den Lehrmittelverlag. Die Reform sei «Mikromanagement vom Feinsten» und ein gezielter Angriff auf eine Institution, die erfolgreich arbeite und dem Kanton sogar Gewinne abliefern.

Auch Regierungsrätin Silvia Steiner (Mitte) stellte sich gegen die Vorlage. Die heutige Lehrmittelpolitik garantiere eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Schulen. Obligatorische Lehrmittel stellten sicher, dass Schülerinnen und Schüler bei Schul- oder Klassenwechseln keine Nachteile hätten und der Unterricht kantonsweit anschlussfähig bleibe. Steiner verwies darauf, dass sowohl Lehrpersonenverbände als auch Schulpräsidien die Vorlage ablehnten. «Diejenigen, die die Lehrmittelpolitik in der Praxis umsetzen müssen, tragen die Änderungen nicht mit», sagte sie.

Der Antrag der Gegnerschaft, nicht auf das Vorhaben einzutreten, wurde mit 98 zu 75 Stimmen abgelehnt. Die Schlussabstimmung findet in einer der nächsten Sitzungen statt.

Nina Fargahi

ANZEIGE

Hast du genug von steigenden Krankenkassen-Prämien?



JA-bringt-Wohlstand.ch



Stopp Prämien-Schock, Fohlochstrasse 7b, Marthalen

Krankenkassen: Stopp Prämien-Schock

Endlich können wir den Mittelstand nachhaltig vor den steigenden Krankenkassen-Prämien schützen. Stimmt JA zur Initiative «Stopp Prämien-Schock». Briefliche Stimmabgabe ist nur noch bis heute Dienstag möglich!

Meh Stutz im Sack